



PRESSEMITTEILUNG

Beschluss der Mitgliederversammlung des Landesjugendring Berlin vom 5. März 2016 unter www.ljrberlin.de/forderungen-junge-gefluechtete.

Diese 15 Vorschläge verbessern das Leben junger Geflüchteter

Uneingeschränkter Familiennachzug, altersgerechte Unterbringung, gesellschaftliche Teilhabe für junge Geflüchtete: Diese und zwölf weitere Forderungen erhebt der Landesjugendring Berlin in einem aktuellen Positionspapier an die Berliner Politik. Denn junge Geflüchtete haben wie alle Kinder und Jugendliche ein Recht darauf, selbstbestimmt zu leben und gefördert zu werden.

(Berlin, 7.3.2016) Sie haben Freunde und Familie zurücklassen, ihre Ausbildung unterbrochen, Zukunftspläne vertagt oder gar ganz aufgegeben. Doch ein Neustart in Berlin wird vielen jungen Geflüchteten weiter erschwert. Was muss sich an den Lebensbedingungen dieser jungen Menschen konkret ändern? Im Rahmen der Mitgliederversammlung des Landesjugendring Berlin haben Berliner Jugendverbände nun 15 Forderungen beschlossen, um die Situation junger Geflüchteter zu verbessern.

Insbesondere die nicht jugendgerechte Grundversorgung der jungen Menschen mit Fluchterfahrung prangert der Landesjugendring in dem Papier an: „Es ist unerträglich, wie heute Kindern und Jugendlichen das Zusammenleben mit ihren Familien verweigert wird. Der Familiennachzug muss allen unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten wieder ermöglicht werden“, sagt Marcel Hoyer, Vorsitzender des Landesjugendring. „Außerdem müssen alle Unterkünfte endlich kinder- und jugendgerechte Unterbringung bieten: Mit Rückzugsmöglichkeiten, Freizeitangeboten und Schutz vor Übergriffen.“

Perspektiven, Selbstbestimmung und eine sichere Zukunft ermöglichen

Geflüchtete junge Menschen müssen so schnell wie möglich einen für sie sinnvollen Lebensabschnitt durchleben können, egal ob sie aus Krisengebieten oder sogenannten „sicheren“ Herkunftsländern stammen, fordert der Landesjugendring weiter. Für alle müssen die gleichen Zugangsmöglichkeiten zu Bildung, Ausbildung und Erwerbstätigkeit gelten. Wer eine Ausbildung macht, muss auch eine Aufenthaltserlaubnis bekommen, Beschäftigungsverbote darf es nicht geben. Entscheidend ist dabei, dass die jungen Menschen an ihren individuellen Kenntnis- und Leistungsständen anknüpfen können. Für die gesellschaftliche Integration ist es außerdem nötig, dass sich junge Geflüchtete in ihrem Umfeld einbringen und mitbestimmen dürfen, zum Beispiel als Beirat in den Unterkünften.

Was Jugend- und Jugendverbandsarbeit beitragen kann

Partizipation und Selbstorganisation von Kindern und Jugendlichen zu stärken ist der Kernbereich der Jugendverbandsarbeit. Entsprechende Angebote für junge Geflüchtete möchte der Landesjugendring weiterentwickeln und gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren angehen. „Neben materiellen Ressourcen müssen Jugendverbände auch in die Strategie- und Projektentwicklung von Bund und Land eingebunden werden“, sagt Tilmann Weickmann, Geschäftsführer des Landesjugendring. „Darüber hinaus muss mehr qualifiziertes und hauptamtliches Personal eingestellt werden; ehrenamtlich Engagierte brauchen außerdem jetzt mehr Qualifizierungsangebote.“

Über den Landesjugendring Berlin

Der Landesjugendring Berlin e.V. ist der Zusammenschluss der Berliner Jugendverbände. Er tritt ein für Selbstorganisation, Mitbestimmung und ehrenamtliches Engagement junger Menschen. Er setzt sich ein für das Recht junger Menschen auf Entwicklung ihrer Persönlichkeit und gesellschaftliche Teilhabe. Weitere Informationen: www.ljrberlin.de.

Pressekontakt:

David Spitzl | spitzl@ljrberlin.de | 030 818861-16 | 0163 7203545